

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 105 (2008)
Heft: 2

Artikel: "14 Jahre Stocker sind auch für einige Linke genug"
Autor: Stocker, Monika / Bachmann, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840253>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«14 Jahre Stocker sind auch für einige Linke genug»

Ende Juli tritt Monika Stocker von der politischen Bühne ab. Im Interview mit der ZESO spricht sie über Treue und Mobbing – und sagt, was die SKOS besser machen könnte.

Frau Stocker, Sie treten nach 14 Jahren als Sozialvorsteherin der Stadt Zürich ab. Mit welchen Gefühlen gehen Sie?

Es ist eine grosse Dankbarkeit, die ich spüre, denn ich konnte während 14 Jahren vieles gestalten und erreichen. Aber eigentlich sind es ja 40 Jahre Politik, die hinter mir liegen. Ich bin eine typische 68erin, die mit der Aufnahme des Studiums in die Politik eingestiegen ist.

Ist Bitterkeit auch ein Stichwort?

Nein, bis jetzt nicht! Was in den letzten Monaten passiert ist, hat nur bedingt mit meiner Person etwas zu tun.

Nachdem Sie im Februar Ihren Rücktritt bekannt gegeben hatten, wurden Ihre Verdienste öffentlich gewürdigt. Wie beurteilen Sie selbst den Beitrag, den Sie zur Entwicklung der schweizerischen Sozialpolitik geleistet haben?

Ich habe diese «Nachrufe» auch gelesen ... das klingt, als wäre man schon fast gestorben! Aber blicken wir zurück: Die Entwicklung während meiner Amtszeit enthält

ein Stück Zeitgeschichte. In den 90er-Jahren hat sich der Arbeitsmarkt durch die Globalisierung und Internationalisierung stark verändert. Aber auch gesellschaftlich ist vieles in Gang gekommen, das die Menschen gefordert und einige überfordert hat. Während dieser Zeit ist es uns gelungen, eine ganzheitliche Sozialpolitik zu machen, die mehr umfasst als nur Geld verteilen. Wir haben die Armutsbekämpfung mit der Integration verbunden – also gesellschaftliche, berufliche und kulturelle Integration. Der Begriff Soziokultur, der vor zehn Jahren noch belächelt wurde, steht heute in der Gemeindeordnung der grössten Schweizer Stadt.

Sie reden vor allem von Integration. Begriffe wie «offene Drogenszene», «Arbeit statt Fürsorge» oder «Teillohnjobs», womit Sie sich schweizweit einen Namen gemacht haben, erwähnen Sie nicht?

Das gehört für mich zur Integration. Die offene Drogenszene war ein Skandal, das war eine Massenverelendung, wie wir sie uns in der Schweiz nicht haben vorstellen können. Wir haben es aber geschafft, die Randständigen in Tagesstrukturen, in Gesundheitsprozesse und somit wieder in die Gesellschaft einzubinden. Entscheidend ist, dass Sucht, Elend und Armut nicht als Zustand bleiben, sondern ein integrativer Prozess in Gang kommt. Das Gleiche gilt für die Arbeitsintegration. Dies ist uns nur gelungen, weil der Stadtrat und auch die Wirtschaft diese Strategie immer getragen haben.

Sie haben sich stets mit «sozialarbeiterischem Instinkt» für die Menschen am Rand der Gesellschaft eingesetzt. Sie werden als «Fürsprecherin für die Armen» bezeichnet oder als «Gutmensch». Stimmt das?

Ja – Gutmensch ist für mich eine Auszeichnung und kein Schimpfwort!

Es ist aber eines geworden.

Ja, das ist bedenklich, denn es gibt in der Schweiz ein Grundrecht jedes Menschen auf eine anständige Existenz und dafür stehe ich ein. Es geht nicht darum, dass ich ein Gutmensch bin oder mildtätig, sondern dass jedes Mitglied unserer Gesellschaft ein Anrecht hat auf ein menschenwürdiges Leben.

Hat sich die Haltung gegenüber Ihrer Klientel im Verlauf Ihrer Amtszeit verändert?



Bei mir persönlich nicht, so hoffe ich! Ich bin sehr treu – auch gegenüber Menschen, die es nicht einfach haben im Leben. Von einigen werde ich deshalb als stur bezeichnet. In der öffentlichen Debatte hat sich die Einstellung gegenüber den Betroffenen aber stark verändert. Mit der Missbrauchsthematik wurde ein Generalverdacht ausgesprochen: Wer in Not ist, ist selbst schuld. Diese Haltung glaubte ich mit der Entwicklung vom Fürsorgestaat hin zum Sozialstaat eigentlich überwunden.

Es gibt in Ihrer Karriere auch Tiefschläge wie der Hotel-, der Spanien- und der BMW-Fall. Im Jahr 2006 wurden Sie noch mit dem zweitbesten Resultat wiedergewählt. Zwei Jahre später treten Sie zurück. Was ist in der Zwischenzeit passiert?

Der Hotel- und der Spanienfall sind keine Tragödien, sondern real existierende Lebenssituationen. Der springende Punkt aber ist, dass diese Einzelfälle skandalisiert wurden. Ich hatte stets den Anspruch an mich und meine Mitarbeitenden, täglich die Probleme zu lösen, mit denen wir konfrontiert sind. Diese pragmatische Art hat sich bewährt und wurde von der Bevölkerung entsprechend quittiert. Ich habe mir aber vor zwei Jahren ernsthaft überlegt, ob ich die vierte Legislatur noch machen soll. Erstens, weil ich spürte, dass auch meine Ressourcen endlich sind, und zweitens, weil ich realisierte, dass eine andere Zeit anbricht. Der breite Konsens, den ich sehr lange spüren durfte, begann an den Rändern zu bröckeln. Es war eine Kampagne von ultrarechts in Gang, die beim Thema Asyl losging, dann die «Scheininvaliden» ins Visier nahm und da war mir klar: Jetzt kommt die Sozialhilfe dran.

Wie hat sich dieser «bröcklige Rand» bemerkbar gemacht?

Der Angriff auf die Asylfürsorge wurde plötzlich bis in die bürgerliche Mitte mehrheitsfähig. Das wäre in den 90er-Jahren so nicht denkbar gewesen. Auch bei der klassischen Linken zeigten sich Ermüdungserscheinungen bei Themen wie Armutsbekämpfung oder Integration von Randständigen. In Zürich sind 14 Jahre «Stocker» auch für einige Linke genug.

Welche Rolle spielt «Die Weltwoche» bei Ihrem Entscheid, von der politischen Bühne abzutreten?

Meinen Entscheid, mit 60 – in der Mitte der Legislatur – aufzuhören, habe ich vor der Weltwoche-Kampagne getroffen. Dass ich ins Visier dieser Zeitung gekommen bin, hat wohl mit meiner Profiliertheit und meiner auch nationalen Bekanntheit zu tun: Wer gegen die Sozialhilfe auffahren will, tut eigentlich ganz gut daran, Frau Stocker ins Visier zu nehmen.



Bilder: Christine Bärlocher

Sie waren der Öffentlichkeit stets als Politikerin mit Bodenhaftung bekannt, die auch harter Kritik standhalten kann. Die Weltwoche-Kampagne hat Sie aber offenbar im Kern getroffen.

Die Publizierung von Einzelfällen ist eine Falle: Wenn man sich auf die Debatte einlässt, kann man das Amtsgeheimnis ritzen und die Würde der Menschen verletzen. Diesem Vorgehen verweigere ich mich konsequent. Die Kampagne bekam dann Anfang Jahr eine neue >

«Wer gegen die Sozialhilfe auffahren will, tut eigentlich ganz gut daran, Frau Stocker ins Visier zu nehmen.»

> Komponente: Nach dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission, der in den Zürcher Medien positive Schlagzeilen ausgelöst hatte, lancierten die grossen Zürcher Medien eine eigene Kampagne. Was ausschlaggebend dazu war, verstehe ich bis heute nicht. Diese Kampagne bekam den Charakter eines öffentlichen Mobbings: Das heisst, ich hatte eigentlich keine Chance mehr zu kommunizieren. Alles, was ich sagte, wurde zu meinen Ungunsten ausgelegt. Wenn eine solche Situation eintritt, gibt es nur noch einen Weg: das System verlassen. Und so war es ja auch: Mein Rücktritt führte sofort zum Ende dieser Berichterstattungen.

Werfen Sie sich im Umgang mit den Medien Fehler vor?

Ich kann noch immer nicht einschätzen, was ich hätte anders oder besser machen können, ohne dabei die Klienteninteressen preiszugeben. Ich habe die Kampagne sehr ernst genommen und alles versucht: einsteigen, klarstellen, Gegendarstellung verlangen, ich habe mich mit Politikberatern, Medienjuristen beratschlagt und schliesslich die grossen Stakeholder-Organisationen um Hilfe ersucht: Ich habe die SKOS, die Sozialdirektoren-

«In den letzten Monaten hatte ich manchmal den Eindruck, als würden sich alle hinter den Büschen verkriechen unter dem Motto: Wenn ich nichts sage, sage ich auch nichts Falsches.»



MONIKA STOCKER



Monika Stocker gehört seit 1994 dem Zürcher Stadtrat an und leitet in dieser Funktion das Sozialdepartement. Sie ist Mitglied der Grünen und sass von 1987 bis 1991 im Nationalrat. Die 60-Jährige hat ursprünglich an der Universität Freiburg Sozialarbeit studiert. Per Ende Juli 2008 tritt sie zurück.

konferenz (SODK) und die Städteinitiative kontaktiert und sie gebeten, eine nationale Arbeitsgemeinschaft zu bilden und eine positive Gegenkampagne zu lancieren, zudem habe ich vorgeschlagen, eine Ombudsfigur einzusetzen. Denn wenn eine Stadt oder Gemeinde auf der öffentlichen Anklagebank sitzt, braucht es eine neutrale Instanz, die sachlich aufklärt. Leider sagten die drei Organisationen ab, was ich sehr bedauert habe. Ich finde nach wie vor, ein solches Projekt wäre im Interesse der Sozialhilfe.

Im aktuellen Klima kann das als Rechtfertigung ausgelegt werden.

Ich bin entschieden der Meinung, dass es Grundwerte gibt, die nicht einem «aktuellen Klima» geopfert werden sollen. Wir müssen dem etwas entgegensetzen, aufklären, die positiven Wirkungen von Sozialhilfe aufzeigen. Ich gehöre nicht zu jenen Menschen, die einfach dem Zeitgeist nachgeben.

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats kommt in einem Bericht zum Schluss, dass es in Ihrem Departement zu viele Hierarchien gibt und die interne Kommunikation mangelhaft ist.

Was sagen Sie dazu?

Mich irritieren diese Aussagen. Während meiner Amtszeit haben wir eine gewaltige Reorganisation durchgeführt. Heute gibt es statt unzähliger Ämter noch fünf regionale Zentren und drei Hierarchiestufen. Ich denke, das ist für ein solches Grossunternehmen nicht gerade viel. Ich nehme die Kritik aber sehr ernst. Der Stadtrat hat zwei Aufträge erteilt: die Reform der Sozialbehörde und die interne Qualitätssicherung bei den Sozialen Diensten. Bei beiden Aufträgen geht es um dasselbe Thema, nämlich Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung näher zusammenzubringen und insbesondere die Sozialarbeitenden zu stärken.

Das politische Klima ist rau geworden, sozialpolitische Anliegen haben es schwer. Ist der soziale Friede in unserem Land gefährdet?

Ja, es gibt eine populistische Ebene, die laut und giftig geworden ist. Es gibt aber auch eine ganz andere: Auch die Mitglieder von ultrarechten Parteien haben Angehörige oder Verwandte, die plötzlich im Leben auf

Hilfe angewiesen sind. Wenn der Göttibub keine Lehrstelle findet oder wenn die Schwiegermutter ins Pflegeheim muss und das Geld nicht ausreicht, müssen auch sie beim Sozialdienst anklopfen. Es gilt deshalb, sozialpolitische Anliegen auf konkrete Lebenssituationen «hinunterzuberechnen».

Das aktuelle Klima buche ich unter dem Stichwort «Miesmacherei» ab. Man sagt, die Schweiz sei am Abgrund, die politische Klasse sei verlogen. Man sollte sich von diesem Geschwätz nicht zu fest beeindrucken lassen, denn unserem Land geht es sehr gut. Trotzdem will ich nichts bagatellisieren. Es ist wichtig, dass Nonprofit- und Fachorganisationen mit gezielter Strategie dagegen angehen und politisch kämpfen. Das vermisste ich gelegentlich bei den politischen Kräften, den Stakeholdern der Sozialhilfe und unseren Berufsverbänden. In den letzten Monaten hatte ich manchmal den Eindruck, als würden sich alle hinter den Büschen verkriechen unter dem Motto: «Wenn ich nichts sage, sage ich auch nichts Falsches.»

Fühlten Sie sich alleine gelassen?

Ja, zum Teil schon. Ich hatte aber ein Gremium, das von A bis Z hinter mir gestanden ist: der Zürcher Stadtrat. Er kennt meine Arbeit seit Jahren und trägt sie mit.

Sie üben indirekt auch Kritik an der SKOS. Welche Empfehlungen geben Sie ihr für die zukünftige Entwicklung der Sozialhilfe?

Die SKOS muss noch klarer sagen, dass Sozialhilfe einerseits Einkommenssicherung ist und andererseits individualisierte Integrationshilfe. Dazu gibt es verschiedene Modelle zu entwickeln. Ich könnte mir vorstellen, dass man die Existenzsicherung und die Integrationsleistungen in der Berechnung der Fallkosten trennt. Heute werden sämtliche Beiträge, welche die Integration fördern, über die situationsbedingten Leistungen abgerechnet. Das führt zu Sozialhilfebudgets, besonders bei Familien, die in der Öffentlichkeit für grosse Aufregung und Empörung sorgen.

Welchen Rat geben Sie der SKOS?

Es braucht eine Sozialhilfepolitik als eigenständigen Teil der Sozialpolitik. Die SKOS war in den letzten Jahren sehr defensiv. Sie hat hauptsächlich die Richtlinien verteidigt. Das reicht in Zukunft nicht mehr, und ich meine, es braucht ein klareres Kommunikationsmanagement.

Am 1. August 2008 beginnt Ihr Leben nach dem Stadtrat. Wird Frau Stocker zur Privatperson ...

Ja!

... oder muss/darf man auch zukünftig mit ihr rechnen?

Sie dürfen weiterhin mit mir rechnen – als Fachfrau! Und selbstverständlich bleibe ich eine politische Frau. Aber 40 Jahre aktive Politik sind genug. ■

Das Gespräch führte
Monika Bachmann

NACHRICHTEN

SKOS ERMITTELT WEITERE DATEN FÜR KANTONE

Die SKOS hat ihr Dienstleistungsangebot auf weitere Kantone ausgedehnt. Seit März wurden als Folge der von der SKOS im letzten Jahr publizierten Studie «Sozialhilfe, Steuern und Einkommen in der Schweiz» folgende Berechnungen durchgeführt: Für den Kanton Uri wurde eine Aktualisierung der Daten per 1. Januar 2008 vorgenommen und somit die Wirkung eines neuen Steuerabzuges überprüft. Zudem wurden für diesen Kanton spezifische Simulationen im Hinblick auf die Einführung einer Flat Rate Tax vorgenommen. Mit Hilfe des von der SKOS und Interface entwickelten Berechnungs- und Modellierungsinstruments konnte die Wirkung der Flat Rate Tax auf tiefe Einkommen im Bereich der Sozialhilfe überprüft und deren Beitrag zur Verminderung des Schwelleneffektes evaluiert werden. Weiter wird zurzeit eine Gesamtevaluation der Schwelleneffekte für den Kanton Solothurn durchgeführt. Dabei kommt der Simulation der Wirkung der geplanten Familien-Ergänzungsleistungen eine besondere Bedeutung zu. Die SKOS stellt ihr Know-how in diesem Bereich gerne weiteren interessierten Kantonen, Gemeinden oder anderen Organisationen zur Verfügung.

Infos: Caroline Knupfer knupfer@skos.ch

NEUE BILDUNGSPLATTFORM FÜR ALLEINERZIEHENDE

Alleinerziehende sind auf ein gutes Erwerbseinkommen und kinderfreundliche Arbeitsstellen angewiesen. Viele Betroffene fassen im Berufsleben aber nicht auf Anhieb Tritt. Der Schweizerische Verband alleinerziehender Mütter und Väter (SVAMV) hat deshalb mit dem Schweizerischen Verband für Berufsberatung SVB die Website www.vision4you.ch geschaffen. Sie vermittelt Beraterinnen und Beratern nützliche Fakten und liefert Alleinerziehenden wichtige Informationen, damit sie sich gezielt auf eine Berufs- und Laufbahnberatung vorbereiten können.

Zur Plattform: www.vision4you.ch

DIE ZUKUNFT DER PRAXISAUSBILDUNGEN

Die SKOS setzt sich dafür ein, dass der Praxisbezug in den Ausbildungen zur Sozialen Arbeit trotz Reformen im Bildungsbereich weiterhin seine Wichtigkeit behält. Sie hat deshalb am 4. April 2008 einen Fachaustausch zwischen Delegierten der Praxis und der Hochschulen organisiert. Dabei wurde der hohe Stellenwert, den der Praxisbezug in der Sozialen Arbeit hat, von den Beteiligten gewürdigt. Bemängelt wurden allerdings die zunehmende Knappheit an Praktikumsplätzen sowie die mangelnde Kooperation zwischen den Ausbildungsstätten. Es sei für die Praxis schwierig, hiess es, sich – je nach Ausbildungsstätte – immer wieder auf andere Modelle einzulassen. Auch die zunehmende Akademisierung der Sozialen Arbeit und ihre Folgen für die praktische Tätigkeit wurden thematisiert. Mehr zu diesem Thema lesen Sie in der nächsten Ausgabe der ZESO, die Anfang September erscheint.